

Escenarios económicos:

Economía dirigida, modelo chino o apertura económica?

KAS-Kuba-Konferenz: Escenarios de transición den Cuba, México D.F

Beschäftigt man sich mit Übergangsmodellen der kubanischen Wirtschaft und möglichen Transitionsszenarien in diesem Bereich, ist es sinnvoll, seinen Ausgangspunkt bei der alltäglichen Situation der Bevölkerung und dem sichtbaren status quo zu setzen:

Der Augenschein der aktuellen Situation in Havanna bietet dabei ein vielschichtiges Bild: Augenfällig ist der weitere Verfall der Stadt, vor allem in den Nebenstraßen, in denen die Behausungen der Bevölkerung ein erbarmungswürdiges Bild abgeben. Die Armut ist mit Händen zu greifen: Ausländische Besucher werden auf offener Straße mit der Bitte angesprochen, in den „Dollarläden“ Milch einzukaufen, bei einem Preis von 2,50 Dollar pro Liter für die meisten ein unerschwingliches Vergnügen. In Museen und öffentlichen Einrichtungen wird auch von Staatsangestellten ganz offen und offensiv nach einem Trinkgeld gefragt. Selbst die Fahrer der Touristentaxis, bekanntermaßen eher „handverlesen“, halten mit der Schilderung von Problemen nicht hinter den Berg.

Die Straßen sind – abseits der durchaus guten Hauptstraßen – mit Schlaglöchern übersät, der Automobilbestand der Insel hat, von neuen Bussen und Taxis abgesehen, wenig Modernisierung erfahren. Ein Literpreis von 1,10 Dollar für Benzin schränkt zudem die Bewegungsfreiheit der Autobesitzer nachhaltig ein. Baumaßnahmen beschränken sich sichtbar in vielen Fällen nur auf Fassadenverschönerung und neue Anstriche, täglich brechen Altbauten einfach zusammen.

Die in den Dollarläden zu kaufenden Lebensmittel haben im internationalen Vergleich ein sehr hohes Preisniveau, gleiches gilt für Restaurants und Bars, in denen sich mehrheitlich Touristen aufhalten. Auffällig ist die Zahl sogenannter „Paladares“, privater Restaurants, die z.T. von verdienten „Altrevolutionären“ geführt werden und in ihrem Speisenangebot auch auf Dinge zurückgreifen können, die sonst nur den Touristenhotels vorbehalten sind. Auch kommt – dafür sind sicher die vielen All-Inclusive-Angebote in Resort-Hotels am Strand mitverantwortlich – nur wenig Kaufkraft beim „Normalbürger“ ohne direkten Zugang zu den Divisenbringern an. Transport-, Hotel-, Verpflegungs- und Nebenkosten zeigen eindeutig, dass auch durch diese Preisgestaltung individuelles Reisen auf der Insel eher unterbunden werden soll. Zurückgehende Touristenzahlen erklären sich auch mit einem nicht stimmigen Preis-Leistungs-Verhältnis sowie der Qualität vieler Serviceangebote. „Ohne Frage ist der Tourismus heute“, so der Kuba-Kenner Bert Hoffmann in einer Analyse, „ein zentraler Devisenbringer des Landes, auch wenn sein Nettoertrag um einiges geringer ist als manche Zahlen suggerieren. Denn ein hoher Anteil der Tourismus-Einnahmen fließt umgehend wieder ab für Importe, von den Fahrstühlen der Hotels über die japanischen Reisebusse, das Surfbrett und das deutsche Bier, das viele auch im Urlaub in der Karibik nicht missen mögen.“

Die makro-ökonomischen Bestimmungsfaktoren

Bei allen Betrachtungen und Vergleichen mit anderen lateinamerikanischen Ländern darf nicht vergessen werden, dass Kuba vor der Revolution gemessen am BIP zu den reichs-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

3. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexico

ten Ländern des Kontinents gehörte. Dies hat sich grundlegend geändert.

Allerdings nimmt Kuba gleichwohl im „Human Development Index“ der UNO in Lateinamerika einen der führenden Plätze ein. Eine niedrige Kindersterblichkeit, eine hohe Lebenserwartung und ein geringer Analphabetismus tragen dazu ganz wesentlich bei. Das Welternährungsprogramm der UNO bescheinigte Kuba 2006, das einzige lateinamerikanische Land ohne unterernährte Kinder zu sein. Das kompensiert die oben dargestellte katastrophale Einkommenssituation der Bevölkerung, die vom Durchschnittslohn von umgerechnet 14 Euro oder gar einer Grundrente von 5,20 Euro monatlich leben muss. Die Abhängigkeit von den Bezugskarten des libreta-Systems bleibt für sie überlebenswichtig, ebenso die kostenfreie Gesundheitsversorgung und das Bildungssystem. Viele Familien halten sich nur durch Überweisungen aus dem Ausland über Wasser – 40 Prozent der kubanischen Familien sollen an den auf eine Milliarde Dollar geschätzten Zuwendungen partizipieren. Neben Tourismus und Kleingewerbe, in denen nicht wenige selbständige Arbeitskräfte, die sogenannten „cuenta propistas“ arbeiten, machen die Überweisungen aus dem Ausland eine erhebliche Einnahmequelle aus. So hat der erhebliche Exodus gerade der kubanischen Mittelschichten auch für die Zurückgebliebenen kurzfristig ihr Gutes – langfristig aber fehlt deren know how. Wiederum Bert Hoffmann: „Die Koexistenz grundverschiedener Währungen und Wirtschaftsmechanismen, von Dollar und Peso, Plan und Markt, Rationierungskarte und Schwarzwirtschaft, hat zur Herausbildung eines eigenwilligen Mischsystems geführt, das viele Nischen schafft, aber insgesamt mit enormen Verzerrungen in Ökonomie und Gesellschaft einhergeht.“

Diese Spaltung der Gesellschaft in diejenigen, die Zugang zu Devisen haben und diese in konvertible Pesos tauschen können und solche, die rein von ihren Löhnen in Landeswährung leben müssen, ist augenfällig und führt zu massiver Unzufriedenheit. Initiativen wie die des kubanischen Menschenrechtlers Omar López Montenegro „Con la misma moneda – Nuestra moneda

... tiene PESO“ erfreuen sich erheblicher Unterstützung. Diese doppelten Standards, die man noch aus den Exquisit- und Inter-shop-Läden der ehemaligen DDR kennt, sorgten bereits dort für einen nicht aufhebaren Systemwiderspruch.

Nach wie vor ist die kubanische Wirtschaft als staatliche Planwirtschaft organisiert, die 13 verschiedenen Fachministerien untersteht. Ein Grundproblem der Analyse der kubanischen Wirtschaftsentwicklung besteht im Fehlen verlässlicher überprüfbarer Daten. Kuba ist zwar Mitglied der Welthandelsorganisation, aufgrund eines amerikanischen Vetos aber nicht bei der Weltbank, beim IWF und der Interamerikanischen Entwicklungsbank, von denen also auch keine Informationen vorliegen, wie sie für andere Länder üblich sind. Die kubanischen Daten ihrerseits, etwa Aussagen zum „Sozial nachhaltigen BIP“, sind schwer nachzuvollziehen. Wie sehr man sich irren kann, hat ja in der Vergangenheit ebenfalls das Beispiel DDR gezeigt, wo nach der Wiedervereinigung erst das ganze Ausmaß des Wirtschaftsdramas deutlich wurde und Annahmen über Wirtschaftskraft und Produktivität nachhaltig nach unten korrigiert werden mussten. Auch in Kuba gibt es zudem einen großen informellen Sektor, dessen Dimension sich nicht genauer beziffern lässt.

“Periodo especial en tiempos de paz”

Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion Anfang der 90er Jahre und dem Wegfall erheblicher Subventionen und privilegierter Absatzmärkte – am Ende entsprach diese Unterstützung rund fünf Milliarden US-Dollar jährlich -, geriet Kuba in eine schwere Wirtschaftskrise. In den Folgejahren gingen rund 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 85 Prozent der Absatzmärkte verloren. Notgedrungen reagierte die revolutionäre Führung:

- Die privaten Bauernmärkte wurden wieder zugelassen, die vorher unter hohem persönlichen Einsatz Fidels abgeschafft worden waren (Raúl Castro damals. „Für die Ernährung des Volkes sind wir bereit, alle Risiken auf uns zu neh-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

3. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexico

men!") – die Konkurrenz mit der Produktion der militärgeführten Agarbetriebe versuchte, die Preise im Zaum zu halten.

- Forciert wurde die Öffnung für den internationalen Tourismus, verstärkt wurde die Kooperation mit Auslandskapital im Rahme von Joint Ventures.
- Der US-Dollar wurde als faktischer Hart-Währung legalisiert, was damit auch die Überweisungen der Auslandskubaner an ihre Familien ermöglichte, gemäß dem Satz: „Enemigo que huye, puente de plata“.
- Devisenläden wurden in allen Teilen der Insel eröffnet.
- 1993 wurde dann „selbständige Arbeit auf eigene Rechnung“ erlaubt, insbesondere im Dienstleistungssektor und im Kleingewerbe.
- Staatsbetriebe in der Landwirtschaft wurden in agrarische Produktionsgenossenschaften, die sogenannten Unidades Básicas de Producción Cooperativa (UBPC) umgewandelt.

Kaum allerdings besserte sich die Lage, wurden viele dieser Reformen wieder kassiert. Dies geschah allerdings eher durch Auflagen und Schikanen, nicht als offizielle Rücknahme der Liberalisierungen. So wurden z.B. keine Lizenzen mehr erteilt, Kleinrestaurants durch strengste Auslegung der Hygienevorschriften lahmgelegt oder die Autonomie der Kooperativen verringert. Schließlich wurde 2004 auch der Dollar wieder verbannt und durch den Peso convertible (CUC) ersetzt, der fest an den Dollar gebunden ist, allerdings nur mit einem Abschlag von zehn Prozent auf den Dollar gekauft werden kann. Die Zahl der joint ventures hat sich wieder drastisch verringert – von 400 im Jahr 2003 sankt sie auf nur noch 236 im Jahr 2006. Konzentriert sind sie zudem auf wenige, leicht zu kontrollierende Bereiche. Aus Deutschland ist nur noch ein Projekt von Daimler Chrysler und eines zur Sauerstoffproduktion dabei, abgesehen von einigen Tauchschulen

Die wirtschaftliche Erholung

Die grundlegende Erholung der kubanischen Wirtschaft nach den Schwierigkeiten der 90er Jahre steht mittlerweile außer Frage. Kuba gibt, allerdings auf der Basis eigener Berechnungsmethoden, die nicht den international üblichen entsprechen, die Wachstumsrate für 2006 mit 12,5 Prozent an. Das Wirtschaftsprogramm der Vereinten Nationen CEPAL und die „Economist Intelligence Unit“ bewerten es für das gleiche Jahr mit ebenfalls noch beachtlichen 9,5 Prozent, allerdings von niedrigem Niveau aus.

Dazu tragen verschiedene Faktoren bei:

- Da ist in erster Linie die Allianz mit dem Venezuela von Hugo Chávez, dass Kuba verbilligte Ölimporte beschert, im Tausch gegen medizinische Produkte, die Entsendung von Lehrern und Ärzten (rund 20.000), aber auch als direkte Unterstützung zum Weiterverkauf auf Drittmärkten. „Für Kuba“, so Richard Bauer am 16. Februar 2007 in der NZZ, „ist Venezuela zur zweiten Sowjetunion geworden.“
- Darüber hinaus deckt Kuba nach offiziellen Angaben mittlerweile 48 Prozent seines Ölbedarf aus eigener Förderung. Täglich werden im Golf von Mexiko – mit Hilfe internationaler Konsortien (16 Verträge gingen an Repsol-YPF, die kanadische Sherritt, die malayische Petronas, und die indische ONGC – mit der venezolanischen PDVSA gibt es Verhandlungen) – zwischen 65.000 und 85.000 Barrel gefördert.
- Neben Venezuela wird China als Handelspartner immer wichtiger, die Wachstumsrate bewegte sich etwa 2005 bei 24%. Auch eröffnet China dem Land, ebenso wie Venezuela, unkomplizierte Kreditlinien, die Kuba von internationalen Finanzmärkten weitgehend unabhängig machen.
- Die Weltmarktpreise für Nickel und Tabak erreichen derzeit Rekordhöhen und kompensieren die stark zurückgegangene Bedeutung des Zuckers,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

3. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexico

der früher das ökonomische Rückgrat Kubas bildete. Wurden 1989 noch 8,4 Millionen Tonnen geerntet, waren es 2005/6 nur noch 1,1 Millionen Tonnen. Seit 2003 hat Kuba die Anbaufläche für Zucker um 60 Prozent reduziert und die Hälfte seiner Zuckermöhlen geschlossen.

2006 war das selbstdeklarierte „Jahr der Energierevolution“ mit starken Investitionen in diesem Bereich und einem Rückgang der Stromausfälle. Allein Deutschland exportierte Stromgeneratoren im Wert von 181,6 Millionen Dollar (lt. bfai 2006). Laut staatlicher Investitionsplanung sind weiterhin die Energiegewinnung, Transport, Wasserversorgung und Zukunftstechnologien priorität, die Weiterentwicklung des Tourismus wird demgegenüber zurückgestellt.

Die Auslandsverschuldung ist mit rund 15 Milliarden US-Dollar moderat, vor allem Alt-schulden aber werden nicht regelmäßig bedient, was zu schlechten internationalen ratings beiträgt. Allerdings ist Kuba gerade in jüngster Zeit vom Zugang zu internationalen Finanzmärkten weitgehend unabhängig geworden. Obwohl sich die Zahlungsmoral des Landes verbessert hat, bestehen gerade bei den Export-/Import-Beziehungen gewisse Risiken, gerade für kleinere und mittelständische Unternehmen, die nicht in den wenigen strategisch prioritären Sektoren wie Energie, Bergbau, Tourismus und allenfalls noch Biotechnologie tätig sind.

Allerdings gibt es neben diesem Licht nach wie vor viel Schatten:

Im Landwirtschaftsbereich etwa ist die Insel trotz günstiger klimatischer Bedingungen nicht in der Lage, ihren Grundbedarf selbst zu decken. Lebensmittel werden für rund 1,6 Milliarden US-Dollar jährlich eingeführt, 340 Millionen (2006) davon trotz Embargo aus den USA. Kubas Nahrungsmittelproduktion ist 2006 um weitere sieben Prozent zurückgegangen. Auch die kubanische Industrieproduktion ist international nicht konkurrenzfähig, mit Ausnahmen allerdings im Bereich Pharma und Biotechnologie. Bei der Bevölkerung ist die wirtschaftliche Erholung noch nicht angekommen – ganz offenbar

haben Infrastrukturprojekte Vorrang vor der unmittelbaren Verbesserung ihrer Lage. Es scheint aber auch nicht mehr den hohen Grad an Verzweiflung zu geben, wie in der offiziell übrigens nie beendeten Sonderzeit. Von „Hungeraufständen“ oder ähnlichen Szenarien scheint die Insel weit entfernt.

Wie weiter

Wirtschaftliche Transitionsszenarien sind von solchen der Politik nicht zu trennen. Die lange Agonie Fidel Castros hat bisher nicht zu dramatischen Umschwüngen geführt, die allgemeine Situation kann als stabil bezeichnet werden. Zentrale Akteure – auch für die Wirtschaft – sind die Kommunistische Partei Kubas, das Militär und – personifiziert – Raúl Castro, auf den sich das Augenmerk konzentriert.

Augenfällig ist schon jetzt, dass die charismatische Führung Fidel Castros eher durch eine kollektive Führung abgelöst ist. Der maximo líder hat selbst die Weichen in diese Richtung gestellt und die Parteiführung entsprechend ausgewogen mit Gefolgsleuten verschiedenster Provenienz besetzt. Dabei wird deutlich, dass von einer Trennung Partei-Militär nicht die Rede sein kann, bilden hohe Offiziere doch auch die stärkste Fraktion an der Parteispitze. Trotz vieler Spekulationen ist von Machtkämpfen hinter den Kulissen zwischen Hardlinern und Reformern bisher wenig wahrnehmbar – ganz ähnlich der Zeiten der „Kremlastrologen“ in der Nach-Breshnew-Ära.

Insgesamt interessant und zentral ist die Bedeutung des Militärs als zentraler, auch wirtschaftlicher Machtfaktor in Kuba. Den Streitkräften FAR untersteht die Betriebs-holding Grupo de Administración Empresarial, zu der von landwirtschaftlichen Großbetrieben bis zu internationalen Joint-Ventures im Touristikbereich so ziemlich alles gehört. Beobachter gehen davon aus, dass bis zu 90 Prozent des Exportvolumens militärkontrolliert sind, ebenso wie 60 Prozent des Tourismusbereichs und 20 Prozent der Staatsangestellten. „El País“ spricht in einem Bericht vom 11. Februar 2007 von 844 Firmen (30 Prozent der nationalen Wirt-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

3. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexico

schaft), die von den Militärs direkt kontrolliert werden.

Gleichzeitig wird durch diesen Zugang zu Devisen auch den Militärangehörigen ein besserer Lebensstandard garantiert und Loyalität eingekauft. Schon seit 1984 gibt es finanzielle Anreize, die an die Wirtschaftsergebnisse der Militärfirmen gekoppelt sind. Gleichzeitig festigt sich der Ruf des Militärs in der Bevölkerung, z.B. in punkto Effizienz der Streitkräfte und Helfer in Notsituationen. Manche sprechen sogar von einer Entwicklung zum „Unternehmer-Soldaten“ (Thiery), als Teil einer technokratisch-unternehmerischen Elite. Vor diesem Hintergrund dürfte der Eigentumsdiskussion in einem künftigen Kuba für die Reformbereitschaft dieser Gruppe große Bedeutung zukommen.

Hoffnungen und Erwartungen richten sich nach wie vor auf Raúl Castro, der als einer der Architekten der wirtschaftlichen Liberalisierung in der Zeit Anfang der 90er Jahre galt. Allerdings entfällt jetzt der enorme externe Druck, was eine langsame Anpassungs- und Öffnungspolitik im Wirtschaftsbereich zu einer wahrscheinlichen Option macht: ein Primat von Partei und Militär im Rahmen eines „bürokratischen Sozialismus“ wird nicht angetastet, die Wirtschaft wie in China geöffnet.

In diese Richtung wird etwa die Rede von Raúl Castro zum Jahreswechsel 2006/7 in der Nationalversammlung interpretiert, in der er Kuba zur Kritik aufrief und Defizite bei Arbeitsdisziplin und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft bemängelte, vor allem in Landwirtschaft und Industrie. Äußerungen in der Zeitung des Jugendverbandes der Kommunistischen Partei, in anderen Medien oder bei Personalentscheidungen der Einheitsgewerkschaft CTC zeigen, dass solche Worte offenbar nicht ungehört verhallen. Mitglieder der Parteiführung wie Carlos Lage, ebenfalls an den Wirtschaftsreformen der frühen 90er Jahre maßgeblich beteiligt oder der als technokratisch-sachlich geltende Zentralbank-Chef Francisco Soberón Valdés könnten dabei eine wichtige Rolle spielen.

„Während 1993/94 die wirtschaftliche Not-situation der Motor für Markt-reformen war, kann die ökonomische Situation derzeit als gesichert gelten, solange das Bündnis mit dem ölreichen Venezuela unter Hugo Chávez bestehen bleibt. Gleichwohl zeichnet sich eine vorsichtige Wiederaufnahme der Reformdiskussion ab. Für die Regierung unter Raúl Castro sind spürbare Erfolge bei der Verbesserung der Versorgungssituation der Bevölkerung die attraktivste Option, um sich eine eigenständige, nicht aus dem `Erbe Fidels´ resultierende Legitimation zu beschaffen“, beschreibt Bert Hoffmann diese aktuelle Lage, mit einer klaren Perspektive. Auf möglichen Druck aus der Bevölkerung und eine Verbesserung ihrer Lage zielt auch die Argumentation der „Bundesagentur für Außenwirtschaft“ im August 2007, allerdings mit einer etwas anderen Erwartung: „Bis auf Weiteres dürfte es keine gravierenden Änderungen hin zu mehr Markt und marktwirtschaftlichen Freiräumen geben“, heißt es dort und weiter: „Der schlechte Zustand der meisten Wirtschaftssektoren, die Armut und Repression der Bevölkerung bilden langfristig ein Stabilitätsrisiko, das von Investoren und Exporteuren gleichermaßen zu berücksichtigen ist.“

Gekennzeichnet ist dies also von der Frage der Geschwindigkeit und der Zeitschiene: Wenig dürfte sich ändern, solange Fidel Castro noch im Hintergrund präsent ist, zudem als jemand, der für solcherart Liberalisierungen nie zu gewinnen war und der nach wie vor heftig reagieren könnte, sollten Reformen über das ihm zuträglich erscheinende Maß hinaus erfolgen. Als gesichert kann gelten, dass jegliche Reformpolitik langsam, kontrolliert und begrenzt ablaufen dürfte, solange sich an der Kontrollfähigkeit der derzeitigen Führungskader nichts ändert. Um jeden Preis werden sie versuchen, Destabilisierungen zu vermeiden. Bleibt Fidels Nachfolgern dazu hinreichend Kraft und Zeit - Raúl selbst ist immerhin auch schon 75 -, bleiben spätere Nachfolge- und Diadochenkämpfe aus, die eine ganz eigene Dynamik entfalten könnten, spricht viel für die „chinesische Variante“, gestützt auf einen starken Sicherheits- und Parteiapparat.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO MEXIKO

FRANK PRIESS

3. Dezember 2007

www.kas.de

www.kas.de/mexico

Wirkliche Veränderungen dürfte es dann erst erheblich zeitverzögert geben, wenn mehr Spielraum etwa für Kleinunternehmertum, eine Öffnung des Kreditwesens und ähnliches nach mehr Medien-, Meinungs- und Beteiligungsfreiheit drängen und weitere Modernisierungen ohne sie nicht gedacht werden können. Dazu gibt es Beispiele genug.

Äußere Einflussmöglichkeiten auf diese Entwicklung erscheinen weiterhin begrenzt. Nachdem die kubanische Führung die extremen Bedrohungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion schadlos überstanden hat, wären jetzt Zugeständnisse in einem ungleich „freundlicheren“ internationalen Panorama eine Überraschung. Der Massenexodus der Mittelklasse in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten diente zudem als Ventil, durch das man sich der Regimeopposition entledigen konnte. Viele der „Zurückgebliebenen“ sehen eine mögliche Öffnung auch als Bedrohung des geringen sozialen Standards, den ihnen Kuba derzeit offeriert. Trotz seiner Niederlage beim Referendum in Venezuela sitzt Hugo Chávez dort fest im Sattel und arbeitet an einem „Imagetransfer“ von Fidel zu ihm im Rahmen einer „legitimen Revolutionsnachfolge“: Die lässt er sich bekanntlich einiges kosten. Auch umschließt die ALBA-Initiative mit Bolivien, Ecuador und Nicaragua weitere Länder, in Lateinamerika selbst wird die Isolierung Kubas immer brüchiger.

In den USA wird sich nach dem Regierungswechsel 2009 zeigen, ob man unverändert bei der erfolglosen 1960 begonnenen Embargo-Politik bleibt, die 1996 mit dem Helms-Burton Gesetz eine international auch bei befreundeten Staaten hoch umstrittene Steigerung erfahren hat. Amerikanische Firmen werden kaum abseits stehen wollen, wenn etwa im Golf von Mexiko weitere Ölfunde in kubanischen Hoheitsgewässern Profite versprechen. Auch wird man Europäern, Asiaten und Lateinamerikanern kaum dauerhaft exklusiv attraktive Investitionsmöglichkeiten auf den bereits mehrfach dargestellten Feldern überlassen wollen.

In der EU, deren Einfluss ohnehin begrenzt ist, zeigen sich ebenfalls Aufweichungsten-

denzen der 2003 beschlossenen „Gemeinsamen Haltung“. Gerade in Kuba wirtschaftlich stark engagierte südeuropäische Staaten wollen diese Bastionen ausbauen, auch wenn parallel keine sichtbaren Fortschritte bei Menschen- und Bürgerrechten erreicht werden. Dies werden sie auch realisieren, ob mit allgemeiner Billigung der 27 oder ohne. Auch das spricht eher für Stabilität auf Kuba. Eine Überlebensgarantie für das Regime aber ist dies alles nicht: Schon andere als stabil geltende Systeme sind mehr oder weniger über Nacht zusammengebrochen.

Bibliographie:

Auswärtiges Amt:

Kuba – Wirtschaft, Stand: März 2007

Aznárez, Juan Jesús:

El Ejército controla la economía de Cuba

In: El País, 11. Februar 2007

Bauer, Richard:

Venezolanische Bruderhilfe für Kuba – Solidarität im „Tropensozialismus“

In: NZZ, 16. Februar 2007

bfai:

Länder und Märkte: Kuba – Wirtschaftsentwicklung Kuba 2006

Hoffmann, Bert:

Kuba, München 2/2002: Beck

Ders.:

Kuba in der Nach-Fidel Ära

In: FES-Analyse, März 2007

Thiery, Peter / Wierheim, Arndt:

Kuba nach Castro

CAP-Analyse September 2006